

Evangelische Volkspartei (EVP)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	1
1989	2
1990	2
1991	3
1992	3
1993	4
1994	4
1995	4
1996	4
1997	5
1998	5
1999	5
2000	6
2001	6
2002	7
2003	7
2004	7
2005	8

1987

Bei den Anliegen bezüglich des Umweltschutzes lag die Evangelische Volkspartei (EVP) nicht weit von den Vorstellungen ihres Fraktionspartners, dem LdU, weg. Sie will sich, gemäss ihrem Programm, für das Verursacherprinzip im Umweltschutz und für verbrauchsabhängige Umweltabgaben einsetzen, eine Ökosteuer auf Dünger und Kraftfutter einführen und den Bau weiterer Kernkraftwerke verhindern. Im Zentrum ihrer Politik steht jedoch weniger das pragmatische Verwalten des Staates, als vielmehr die Überzeugung, dass **geistig-religiöse Kräfte** geweckt werden müssten, um die Kluft zwischen der technischen und der ethischen Entwicklung zu schliessen. Der Staat wird dabei lediglich als Provisorium angesehen, und die Politik nur in der Hoffnung auf das Reich Gottes überhaupt betrieben. Etwas überrascht war die Öffentlichkeit, als bekannt wurde, dass die EVP in den Wahljahren 1979 und 1983 von der Migros 75'000 beziehungsweise 100'000 Franken erhalten hatte, und zwar nicht direkt, sondern über das Konto des LdU.

1988

Das Bemühen um den Einbezug neuer politischer Problemstellungen, insbesondere der ökologischen Frage, geht auch bei kleineren Parteien wie der Evangelischen Volkspartei nicht ohne Spuren vorbei. Zentralpräsident Nationalrat M. Dünki und Zentralsekretär H. Schoch riefen zu **Toleranz und Verständigungsbereitschaft in den eigenen Reihen** auf. Die innere Zerrissenheit erschwere die Arbeit, lähme die Kampfkraft und verunsichere die Wählerschaft. Der

Parteiföderalismus könne der EVP zum Verhängnis werden, weshalb Einigkeit in Grundsatzfragen notwendig sei. Gemäss Auswertung ihrer Mitgliederstatistik weist die EVP des Kantons Zürich einen Anteil von 37% Frauen, 5% Selbständigerwerbenden, 86% Angehörigen der reformierten Landeskirche und 13% Angehörigen von verschiedenen Freikirchen auf. Das Durchschnittsalter beträgt 53 Jahre.

Bei kantonalen und kommunalen **Wahlen** konnte die EVP ihre zumeist ohnehin nicht allzu starke Stellung im wesentlichen halten; einzig in Baselstadt musste sie mit drei Sitzverlusten etwas Terrain preisgeben.

1989

Die EVP lancierte im Berichtsjahr eine Petition mit dem Titel "Unsere Verantwortung für den Sonntag". Sie fordert darin die Behörden auf, Ausnahmen vom **Sonntagsarbeitsverbot** möglichst zu beschränken und so die Sonntagsruhe zu fördern. Diese alte soziale Errungenschaft dürfe dem Druck der Industrie nach Flexibilisierung und Optimierung nicht weichen.

Die Delegiertenversammlung in Basel entschied sich erwartungsgemäss für die Ja-Parole zur Kleinbauerninitiative, welche sie bereits bei der Lancierung unterstützt hatte. Der seit 13 Jahren im Amt gewesene **Zentralsekretär** Hans Schoch erklärte seinen Rücktritt auf Ende August. Seine Nachfolge trat im Oktober **Daniel Reuter** (ZH) an.

Die **Armeeabschaffungsinitiative** wurde von den Delegierten der EVP mit 77:7 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Unter anderem argumentierten sowohl Befürworter als auch Gegner mit biblischen Grundsätzen. Die Tempoinitiative wurde einstimmig abgelehnt.

Die Hoffnung auf neue, vielleicht bessere Zeiten – im Berichtsjahr konnte die EVP im Kanton Aargau immerhin ihre neun Sitze trotz leicht rückläufigem Wähleranteil halten – kamen im **neuen Parteisignet** zum Tragen: Die blaue Abkürzung EVP wurde ergänzt durch einen gelben Hahn, einem Symbol für Wachsamkeit. Laut eigenen Angaben zählte die EVP zu Jahresbeginn 3889 Mitglieder, wovon 36% Frauen waren. Die grösste Kantonalpartei stellte Zürich mit rund 1 500 Mitgliedern.

1990

Die EVP setzte sich im Berichtsjahr für eine neue **Ostpolitik** ein; die Delegiertenversammlung forderte in Zürich den Bundesrat in einer Resolution auf, Reisebeschränkungen, Visumpflichten und Kostengutsprachen für diejenigen Staaten in Osteuropa aufzuheben, die sich durch freie Wahlen demokratische Strukturen gegeben hatten. Ausserdem verlangte die Partei vom Bundesrat die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Republik Litauen.

Die EVP fasste bei den **eidgenössischen Abstimmungen** die Ja-Parole zu den Kleeblattinitiativen, empfahl hingegen die "Stopp dem Beton"-Initiative zur Ablehnung, ebenso den Rebbaubeschluss. Stimmfreigabe wurde zur Revision der Bundesrechtspflege gegeben. Beim zweiten Abstimmungspaket entschied sich der Zentralvorstand mit 27:3 Stimmen für die

Unterstützung der AKW-Moratoriumsinitiative, hingegen mit 8:17 zur Ablehnung der Ausstiegsinitiative. Der Energieartikel wurde gutgeheissen und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes zur Ablehnung empfohlen.

Bei **kantonalen und kommunalen Wahlen** musste auch die EVP Verluste hinnehmen. Einzig in Winterthur konnte sie ihren Wähleranteil geringfügig erhöhen, verlor aber trotzdem ein Mandat.

1991

Die EVP setzte im Berichtsjahr ihre Bemühungen um eine verstärkte **Osteuropahilfe** fort und forderte unter anderem vom Bundesrat die Souveränitätsanerkennung Litauens. Die EVP unterstützte im Berichtsjahr einerseits **grüne Anliegen im Verkehrs- und Umweltbereich**, welche auch der LdU als Fraktionspartner forderte; so sprach sie sich an der Delegiertenversammlung im Mai für die Einführung eines Ökobonus und einer Energiesteuer aus. Andererseits nahm sie in der Drogenpolitik eine eigenständige, eher **konservative Position** ein und stellte sich gegen eine Entkriminalisierung des **Drogenkonsums** und gegen die kontrollierte Heroinabgabe.

Zu allen **eidgenössischen Abstimmungen** fasste die Partei die Ja-Parole.

Bei den **kantonalen Wahlen** setzte sich der seit Jahren begonnene Abwärtstrend fort; im Kanton Zürich musste die EVP vier weitere Sitze abtreten. Für die Wahlen in den **Nationalrat** kandidierte sie in sieben Kantonen (ZH, BE, AG, TG, BL, BS, SO), erreichte das Wahlziel eines vierten Mandats aber nicht. Sie stagnierte sowohl sitz- als wähleranteilmässig auf dem Niveau von 1987. Nach den Wahlen wehrte sie sich erfolgreich gegen die Aufnahme der Vertreter der "Lega dei ticinesi" in die LdU/EVP-Fraktion.

1992

Das **Parteipräsidium** wechselte vom Zürcher Nationalrat Max Dünki zu seinem Berner Ratskollegen Otto Zwygart, welcher dem freikirchlichen Flügel zuzurechnen ist. Er gilt als Europa-Skeptiker und tritt für eine restriktive Drogenpolitik ein. Der neue Präsident will vermehrt die Ethik in der Politik in den Vordergrund stellen, wobei für ihn ethische Verantwortung gegenüber der Natur ökologisches Bewusstsein miteinschliesst.

Bei den **eidgenössischen Vorlagen** blieb die Delegiertenversammlung in der Frage der Revision des Sexualstrafrechts sehr geteilter Meinung; mit 36 zu 28 Stimmen konnte der noch amtierende Präsident Dünki eine knappe Mehrheit für die Ja-Parole gegen die Verfechter einer konservativen Linie hinter Zwygart gewinnen. Noch knapper war der Entscheid über den Beitritt zum **EWR**, den die DV mit 66 zu 65 Stimmen bei vier Enthaltungen befürwortete. Die Sektionen Aargau und Basel-Land fassten die Nein-Parole, während Schaffhausen Stimmfreigabe beschloss.

Bei kantonalen **Wahlen** erlitt die EVP in Basel-Stadt und in Schaffhausen je einen Sitzverlust, konnte jedoch bei den Kommunalwahlen in Bern, Biel und St. Gallen je ein Mandat hinzugewinnen.

1993

Der Zentralvorstand befürwortete sowohl die Schaffung eines Kontingents von Schweizer UNO-Blauhelmen als auch einen späteren Beitritt der Schweiz zur UNO. Letzteren hatte die EVP 1986 noch kategorisch abgelehnt.

Im Gegensatz zum Fraktionspartner lehnte die EVP die beiden Armeevorlagen, die Aufhebung des Spielbankenverbots sowie die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche ab. Zu allen übrigen Vorlagen der **eidgenössischen Abstimmungen** empfahl sie die Ja-Parole.

Wie der LdU verlor auch die EVP in den aargauischen Kantonalwahlen einen ihrer bisher neun Sitze.

1994

Die EVP feierte im Berichtsjahr ihr **75-jähriges Bestehen**. Parteisektionen bestehen in neun Deutschschweizer Kantonen mit insgesamt rund 5000 Mitgliedern.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss die EVP mit Ausnahme der Aufhebung der Brotgetreide-Verbilligung die selben Parolen wie ihr Fraktionspartner LdU. Trotz Bedenken stimmte sie deutlich auch den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zu.

Bei den **kantonalen Wahlen** gewann die Partei im Kanton Bern drei Parlamentssitze hinzu.

1995

In ihrer Wahlplattform bekräftigte die EVP das "E" in ihrem Namen **als Leitmotiv**. Deziert sprach sie sich in der Familienpolitik gegen die Fristenlösung, für eine Mutterschaftsversicherung und eine Harmonisierung der Kinderzulagen aus. Weiter schlug sie ein Bundesamt für Familienfragen und die Einführung eines Familienstimmrechts nach dem Motto "Ein Mensch – eine Stimme" vor, wobei das Stimmrecht der Kinder von den Eltern treuhänderisch wahrgenommen würde. Zur Integrationsfrage gab sich die Partei zurückhaltend; vor einer neuen Beurteilung der Beitrittsfrage will sie die bilateralen Verhandlungen mit der EU zu Ende führen. Stark machen will sich die EVP für die **Reform der Bundesverfassung**, die von ethischer und geistiger Tragweite sei.

Bei den kantonalen Wahlen 1995 konnte die EVP in Zürich zwei Mandate hinzugewinnen. Auf eidgenössischer Ebene vermochte sie den Sitz des zurückgetretenen populären Pfarrers Ernst Sieber (ZH) aber nicht zu halten und ist neu nur noch mit zwei Mandaten vertreten.

1996

Die EVP trug das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz aktiv mit und wehrte sich im Abstimmungskampf zusammen mit den Landeskirchen insbesondere vehement gegen die Lockerung des **Sonntagsarbeitsverbots**.

Im Dezember reichte die EVP eine mit rund 46 000 Unterschriften versehene Petition "für den Schutz des ungeborenen Lebens – gegen die Abtreibungspille RU486" bei der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz ein. An einer Delegiertenversammlung in Basel stellte sie ausserdem eine "**Allianz für das Leben**" zur Diskussion. Gemäss dieser ist das ungeborene Kind Mensch von Anfang an; der pränatalen Diagnostik steht die EVP deshalb sehr kritisch gegenüber. Die Fristenlösung und die soziale Indikation wie auch die aktive Sterbehilfe lehnte sie klar ab.

Anlässlich der **kantonalen Wahlen** büsste die EVP im Kanton Thurgau zwei Sitze ein, konnte aber in Schaffhausen einen Sitz gutmachen. In Basel-Stadt und St. Gallen verteidigte sie ihre Mandate.

1997

Als erste Partei untersuchte die EVP ihre **Rolle während des Zweiten Weltkriegs** und rief die anderen Parteien dazu auf, dasselbe zu tun. Für sich selbst zog sie das Fazit, dass sie sich zwar kritisch zum Terror der Nazis geäussert habe, aber doch "staatstreu" geblieben sei insbesondere in bezug auf den Finanzplatz Schweiz.

Weil der Bundesrat nicht zuletzt bei der Diskussion um die Holocaust-Gelder "Führungslosigkeit" an den Tag gelegt habe, forderte die Partei im Rahmen der Bundesverfassungsrevision die Möglichkeit, den Bundesrat durch ein konstruktives **Misstrauensvotum** abzuberufen. Desgleichen sollte der Bundesrat dem Parlament die Vertrauensfrage stellen können.

Weiter lehnte die EVP Straffreiheit beim **Schwangerschaftsabbruch** generell ab und kündigte an, ein allfälliges Referendum gegen eine wie auch immer geartete Fristenlösung zu unterstützen. Das CVP-Schutzmodell mit Beratungspflicht lehnt sie als Etikettenschwindel ab.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die EVP im Aargau ihre acht Parlamentssitze verteidigen.

1998

Die EVP nahm bezüglich **Beitritt der Schweiz zur UNO** eine **Kursänderung** vor. In ihrem Schwerpunktprogramm von 1983 hatte die Partei einen UNO-Beitritt noch abgelehnt, an der Delegiertenversammlung vom 29. August in Herisau hiess eine deutliche Mehrheit der Delegierten eine Resolution zugunsten eines Beitritts mit 63 zu 8 Stimmen gut. Ihren Meinungsumschwung begründeten sie mit der sich veränderten Weltlage.

Bei den **kantonalen Wahlen** in Bern gewann die EVP einen Sitz hinzu und ist neu mit acht Mandaten im Parlament vertreten.

1999

Die **EVP feierte** im Wettinger Rathaus anlässlich der ordentlichen Delegiertenversammlung vom April **ihr 80jähriges Bestehen**. Die Partei, die sich bislang an eine abstinentenorientierte Drogenpolitik hielt, fasste die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Verschreibung von Heroin,

der im Juni zur Abstimmung gelangte. Im Wahlkampf setzte die EVP ihr Stammthema Familienpolitik ins Zentrum. Sie betonte dabei ihre Position der Mitte – Ausgleich zwischen Liberalismus und Sozialismus. Einer künftigen Fusion mit dem LdU, die von dessen Parteipräsidenten Anton Schaller zur Diskussion gestellt worden war, erteilte EVP-Präsident Otto Zwygart eine vorläufige Absage.

Bei den diesjährigen eidgenössischen und kantonalen **Wahlen** schnitt die Partei relativ gut ab. Sie konnte ihren Stimmenanteil halten und mit einem Sitzgewinn im Aargau ihre Mandatszahl im Nationalrat auf drei erhöhen.

2000

Anfangs Jahr gab **Zentralpräsident Otto Zwygart** (BE) seine **Demission** bekannt. Auch sein Nationalratsmandat legte er im Laufe des Jahres nieder. Letzteres wurde in der Herbstsession von Walter Donzé übernommen. Im April wurde der Zürcher Nationalrat **Ruedi Aeschbacher zum neuen Zentralpräsidenten** gewählt. Aeschbacher gehörte seit 1983 dem Zentralvorstand an und war seit 1995 Stellvertreter von Zwygart.

Mit ihren **Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen** bekräftigte die EVP einmal mehr ihre Stellung als Zentrumspartei. Zusammen mit den Bürgerlichen lehnte sie die Quoteninitiative ab und unterstützte das Bundespersonalgesetz. Bei der Verkehrshalbierungsinitiative, dem Solarrappen, dem konstruktiven Referendum und den beiden AHV-Initiativen empfahl sie jedoch wie die SP und die GP Zustimmung.

Bei den **kantonalen Parlamentswahlen** hielt die EVP ihre Parlamentssitze in Basel-Stadt, St. Gallen und Schaffhausen. Im Thurgau konnte sie ihre Vertretung sogar um ein Mandat erweitern und erreichte Fraktionsstärke.

2001

Gemäss Parteipräsident Ruedi Aeschbacher (ZH) bewegten sich Teile der FDP und der CVP vermehrt nach rechts, während die SP keine klare, linke Linie mehr verfolge. Die weit verbreitete Orientierungslosigkeit sei für die EVP eine Chance, da sie nach dem Verschwinden des LdU praktisch allein einen **klaren Kurs der Mitte** verfolge. Dass die EVP sich als **Zentrumspartei** verstand, zeigte sich auch in ihren Parolen: Während sie zusammen mit den Bürgerlichen die Volksinitiative für tiefere Arzneimittelpreise und die Begehren der GSoA ablehnte sowie die Militärgesetzrevisionen befürwortete, stimmte sie bei der Tempo-30-Initiative, der Energiesteuer und der Kapitalgewinnsteuer mit der SP. Im Frühling beschlossen die Delegierten der EVP die Ja-Parole zur Aufhebung des Bistumsartikels, kritisierten aber die Botschaft des Bundesrates. Ihrer Meinung nach verstosse der Bistumsartikel keineswegs gegen das Völkerrecht, da er die religiöse Freiheit nicht einschränke.

Im Dezember gab der **Generalsekretär der EVP**, Daniel Reuter, seinen **Rücktritt** auf Ende April 2002 bekannt. Reuter war 1989 ins Parteisekretariat gekommen und seit 1999 auch Sekretär der Evangelischen und Unabhängigen Fraktion der Bundesversammlung gewesen.

Die **EVP** musste in den kantonalen Wahlen **keine Verluste** hinnehmen. Sie konnte ihre acht Sitze im aargauischen Parlament halten und ihren Wähleranteil sogar leicht steigern.

2002

Anfang Januar wählte die EVP in Riehen (BL) **Joël Blunier** zum neuen, vollamtlichen **Generalsekretär**. Blunier, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter der EVP Schweiz, trat die Nachfolge von Daniel Reuter an. Ausserdem sprachen sich die Delegierten für den UNO-Beitritt der Schweiz aus. Der Zentralvorstand lehnte die Initiative "für eine kürzere Arbeitszeit" ab.

Im März wurde die EVP Schweiz als **assoziertes Mitglied** in die **Europäische Volkspartei** aufgenommen. Der Organisation gehören christlich ausgerichtete Parteien aus verschiedenen europäischen Ländern an, darunter auch die CVP Schweiz.

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Bern** kamen der EVP Sitzverschiebungen von städtischen in ländliche Wahlbezirke zugute. Sie errang gleich **3 zusätzliche Mandate** und stellt jetzt 11 Mitglieder im 200-köpfigen Grossen Rat. In **Winterthur** zog mit Maja Ingold **erstmalig eine EVP-Vertreterin in die siebenköpfige Stadtregierung** ein.

2003

Die EVP führte erstmals ein nationales Wahlfest durch. Ihren Wahlkampf stellte sie unter das Motto „Teilen macht ganz“ und plädierte für **Ausgleich, Mitbeteiligung und Mitverantwortung** statt Polarisierung; mit dem Hahn als Logo forderte sie ihre Mitglieder zu einer verantwortungsvollen Politik auf der Basis des Evangeliums auf. In ihrem Programm sprach sich die EVP für eine Schweiz aus, in der das Fremde seinen Platz einnehmen darf; von Urnenentscheiden bei Einbürgerungen sei abzusehen, doch sollten die Einbürgerungswilligen einer Landessprache mächtig sein. Zur Deckung der Gesundheitskosten sollten die Abgaben für Alkohol- und Raucherwaren erhöht werden; Erträge aus den Treibstoffzöllen sollten die indirekten Kosten im Gesundheitswesen decken sowie für den Umwelt- und Lärmschutz verwendet werden. Ziel der EVP bei den eidgenössischen Wahlen war es, Fraktionsstärke zu erreichen, weshalb sie in elf Kantonen (erstmalig in Freiburg, Luzern und der Waadt) antrat. Sie konnte jedoch nur ihre insgesamt drei Sitze im Aargau, in Bern und in Zürich verteidigen und bildete mit der EDU zusammen eine parlamentarische Fraktion. In den kantonalen Wahlen konnte die EVP ihre drei Sitze in Basel-Land und ihre neun Mandate in Zürich verteidigen.

2004

Im Mai gründete die EVP eine **Sektion in der Waadt**; sie will in mindestens drei Bezirken für die Grossratswahlen 2005 antreten. Geplant ist auch der Aufbau einer Kantonalsektion in Neuenburg und in Genf. Ende August gründete die EVP in Schaffhausen die Junge EVP. Diese soll von der Mutterpartei in Bezug auf Positionen und Finanzen unabhängig sein. Ziel sei es, junge Christen dazu zu motivieren, sich politisch zu engagieren und sich zu vernetzen.

An ihrer Delegiertenversammlung in Zürich lehnte die EVP das Steuerpaket und die 11. AHV-

Revision ab. Angenommen wurde die MWSt-Erhöpfung zur Finanzierung von AHV und IV. Zudem bestätigten die EVP-Vertreter die christliche Orientierung der Partei. Der Zentralvorstand der EVP beschloss die Ja-Parole zur Volksinitiative „Postdienste für alle“. Das Ja zur Initiative setze ein klares Zeichen gegen den gefährlichen Trend, alles auf den Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu reduzieren. Die Bedürfnisse der Bevölkerung müssten wieder mehr als Massstab herangezogen werden, wozu auch eine funktionierende Infrastruktur in den Randregionen gehöre. Mit 57:34 Stimmen beschloss die Delegierten die **Nein-Parole zum Stammzellenforschungsgesetz**; ein Antrag auf Stimmfreigabe wurde abgelehnt. Die EVP hatte das Referendum gegen die Gesetzesvorlage unterstützt.

Im Herbst stellte die EVP klar, dass sie in absehbarer Zeit **keine Fusion mit der CVP** anstrebe, die gute Zusammenarbeit in inhaltlichen Fragen solle aber verstärkt werden. Die Christlichdemokraten hatten im Zusammenhang mit der von ihnen gewünschten Überwindung der Konfessionshürde auch die Idee einer möglichen Fusion mit der EVP diskutiert.

In den **Parlamentswahlen** in Schaffhausen und im Thurgau verlor die EVP je einen Sitz.

2005

Mit 91:36 Stimmen empfahl die EVP das **Partnerschaftsgesetz** zur Ablehnung. Ein Nein zu diesem Gesetz bedeute gemäss Nationalrat Heiner Studer (AG) keine Diskriminierung der Homosexuellen. Die EVP wolle aber die Ehe und die Familie als jene Lebensform privilegieren, die den Fortbestand der Gesellschaft ermögliche. Die EVP hatte zusammen mit der EDU erfolgreich das Referendum gegen die eingetragene Partnerschaft lanciert.

An ihrer Delegiertenversammlung in Frauenfeld (TG) beschloss die EVP die Ja-Parole mit 109:12 Stimmen zur Schengen/Dublin-Vorlage und mit 98:20 Stimmen zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitglieder. Anschliessend verabschiedeten die Delegierten eine Islam-Resolution, worin sie die Unantastbarkeit der **Glaubensfreiheit** in der Schweiz betonten. Im Umgang mit dem Islam brauche es gegenseitige Toleranz, weshalb ein generelles Kopftuchverbot abgelehnt wurde; zugleich forderte die EVP christlichen Religionsunterricht auf der Primarschulstufe.

Mitte Mai präsentierte die EVP eine von ihr mitherausgegebene Broschüre mit dem Titel „Unserer Wirtschaft geht das Benzin aus, und keiner will es wahrhaben“, die der „Solarpionier“ Josef Jenni verfasst hatte. Gemäss Parteipräsident Ruedi Aeschbacher (ZH) sei die Schrift als ein Warn- und Weckruf an die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik zu verstehen, sich auf einen **tieferen Energieverbrauch** und die Umstellung auf erneuerbare Energien einzurichten.

Im Herbst empfahl die EVP das **Gentech-Moratorium** in der Landwirtschaft zur Annahme, die Liberalisierung der Sonntagsverkäufe in Zentren des öffentlichen Verkehrs lehnte sie ab.

Trotz der Verkleinerung des **Solothurner Grossen Rates** gelang es der EVP, ein Mandat zu erobern. Im Aargau, wo die Zahl der Parlamentssitze ebenfalls verringert wurde, ist sie jedoch nicht mehr vertreten.

